

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 80 (1986)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Moçambique - Stationen einer Zerstörung  
**Autor:** Madörin, Kurt  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-143299>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Moçambique – Stationen einer Zerstörung

*Wir haben in Chile einen grossen Fehler gemacht, als wir den Putsch der Streitkräfte unterstützt haben. Wir hätten der Allende-Regierung unlösbare Probleme schaffen müssen. Ihr Prestige hätte sich in Luft aufgelöst, sie hätte sich als unfähig erwiesen, die Probleme zu lösen. Heute würde niemand mehr in Chile von Sozialismus reden. (Sinngemässes Zitat eines US-Militärs)*

1975, als Moçambique unabhängig geworden war, wurde viel von diesem Land und seiner neuen Führung erwartet. Anders als in den meisten afrikanischen Ländern konnte hier nicht eine städtische Elite ungebrochen die koloniale Verwaltung übernehmen, quasi im noch warmen Nest sich schmarotzend an der restlichen Gesellschaft, vor allem den Bauern, gesundstossen. Die portugiesischen Kolonialherren (und -frauen, denn solche waren auch dabei, obgleich in untergeordneter Rolle) hatten sich mit allem, was sie besaßen, gegen eine Übergabe der Souveränität an die Bevölkerung gewehrt: mit ihrer Kolonialarmee, mit ihrer berüchtigten Geheimpolizei PIDE, mit ihren grausamen «Comandos» (die in Wiriyamu, ähnlich wie die US-Amerikaner in My Lai, die Bevölkerung eines ganzen Dorfes massakrierten). Aber auch mit der katholischen Kirche, deren oberster Führer, Erzbischof Custodio Alvim Pereira, 1961 noch vor Theologiestudenten verkündet hatte: «Die Unabhängigkeit ist für das Wohlbefinden der Menschen nicht entscheidend. Sie kann etwas Gutes sein unter bestimmten geographischen oder kulturellen Bedingungen. Dies ist in Moçambique nicht der Fall.» Und: «Der Slogan ‚Afrika den Afrikanern‘ ist eine philosophische Missgestalt und eine Herausforderung für die christliche Zivilisation,

denn die gegenwärtigen Ereignisse sagen uns, dass der Kommunismus und der Islam den Afrikanern ihre Kultur auferlegen wollen.»

Was rechtfertigte die Annahme, das unabhängige Moçambique könnte zu einer Avantgarde, zu einem Vorbild für andere afrikanische Länder werden? Der hartnäckige Widerstand der Portugiesen, mit der Befreiungsbewegung FRELIMO über die Unabhängigkeit zu verhandeln, zwang diese, eine militärische Lösung einzuleiten. 1964 begann der bewaffnete Befreiungskampf. Einen Befreiungskampf kann aber eine Bewegung nur führen, wenn sie die Bevölkerung durch ihr tagtägliches Handeln zu überzeugen vermag, dass sie die bessere Alternative ist. Wir haben unterdessen gegenüber der Maxime «Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen» mehr Distanz gewonnen und sind auch nicht mehr so ungebrochen bereit, das Loblied des «nationalen bewaffneten Befreiungskampfes» zu singen wie viele von uns es vor zehn, fünfzehn Jahren waren. Tatsache bleibt aber, dass ein Befreiungskampf der Bevölkerung so etwas wie ein Vetorecht gibt. Diese kann ihren Beitrag zum Kampf leisten, aber sie muss es nicht, und sie wird es auch nicht tun, falls sie nicht davon überzeugt ist, dass es ihr dadurch in der Zukunft besser gehen wird. Ein Befreiungskampf sollte also, wie der Wind, die Spreu vom Wei-

zen trennen: diejenigen, die einfach ihre Position verbessern wollen, von denen, die aus Überzeugung sich für eine bessere Zukunft der ganzen Bevölkerung einsetzen.

Moçambique ist tatsächlich so etwas wie ein Beispiel geworden – aber in einem andern Sinne, als ich und andere es uns vorgestellt haben.

### **Die Strategie der «Vietnamisierung»**

Das Land ist zu einem Beispiel dafür geworden, wie in der Nach-Vietnam-Zeit Instrumente entwickelt wurden, um einer Regierung, die den Mächtigen nicht genehm ist, das politische Wasser abzugraben und es auf die eigenen Mühlen umzuleiten. «Vietnamisierung» heisst das Schlagwort, mit dem diese Strategie umschrieben wird. Die Intervention von aussen sollte nicht mehr direkt, durch eigene Truppen, sichtbar werden, sondern die Form eines «Bürgerkriegs», eines «innern Konflikts», annehmen. In Vietnam selber waren die US-Truppen zu tief in den Krieg verstrickt gewesen, als dass diese Strategie noch erfolgreich hätte eingesetzt werden können. Aber es ergaben sich neue Felder, wo sie sich ausprobieren liess: Moçambique, Angola, Nicaragua. . . Die Abnützungsstrategie, die heute in Nicaragua zur Anwendung kommt, ist in Moçambique, von der Weltöffentlichkeit weitgehend ignoriert, in den letzten zehn Jahren voll und mit Erfolg durchgespielt worden.

Ich habe mich manchmal gefragt, warum die Öffentlichkeit von diesem Prozess so wenig Notiz genommen hat. Einmal hängt es sicher damit zusammen, dass die Vietnamisierung Moçambiques nicht von den USA selber ausging, sondern dass die «führende Einheit» in erster Linie Südafrika war. Als regionale Supermacht und vor allem als Nachbarland, von dem Moçambique strukturell abhängig war, schien Südafrika besonders geeignet. Dass die USA aber nichts gegen die Destabilisierung Moçambiques (und anderen Nachbarn Südafrikas)

einzuwenden hatte, kann als gesichert gelten. Zum einen gibt es, nach «New Africa», Hinweise auf die direkte Unterstützung der Rebellen in Moçambique durch die USA in der Höhe von 40 Millionen Dollar. Zum andern ermuntern die USA mit ihrer Politik des Staatsterrorismus Länder wie Südafrika dazu, selber «Ordnung zu schaffen». Es ist sicher kein Zufall, dass der erste Überfall südafrikanischer Streitkräfte auf Maputo in die ersten Wochen der Reagan-Administration fiel. Reagan hat kürzlich seine Einäugigkeit offen dokumentiert. Nach einem Vergleich zwischen Südafrika und Nicaragua gefragt, sagte er: «Das ist kein Vergleich. Südafrika ist ein Staat, mit dem wir zwar nicht in allem übereinstimmen. . ., aber Südafrika will seine Regierung keinem andern Staat aufzwingen» (Tages-Anzeiger, 14. August 1986) – dies, obwohl Südafrika seit Jahren systematisch Krieg gegen seine Nachbarn führt!

Ein anderer Grund, warum die Zerstörung Moçambiques so echolos über die Weltbühne lief, ist darin zu suchen, dass es sich um einen afrikanischen Staat handelt. Über Medien und Erziehung konditioniert, haben wir Mühe, zur Kenntnis zu nehmen, dass in Afrika ernsthafte Befreiungsversuche, die vielleicht sogar beispielhaft sein könnten, gemacht worden sind. Wir haben für kriegerische Ereignisse und Unruhen in Afrika genügend Kästchen bereit («Stammesfeinden», «Regionalismus», «Goldene-Betten-Potentaten»), um solche Meldungen zu versorgen und beruhigt zur Tagesordnung überzugehen.

### **Wovon auch gesprochen werden müsste**

Da dies ein Artikel und kein Buch ist, müssen viele Bezüge, die für das Verständnis Moçambiques wichtig wären, unbehandelt bleiben. So spreche ich nicht von der Kolonialzeit und ihrer prägenden Wirkung, ihrer extremen Ausbeutung durch Zwangsarbeit und Zwangsanbau und der Tatsache, dass das

Land von einer Siedlerkolonie beherrscht war, wo selbst die geringsten qualifizierten Arbeiten den Weissen vorbehalten blieben. Die Zeit des Befreiungskriegs bleibt unerwähnt, obwohl gerade diese Zeit wichtig wäre, um die politischen Lernprozesse der FRELIMO zu begreifen und zu verstehen, warum die FRELIMO die befreiten Gebiete «ihre Universitäten» nannte. Die enormen Schwierigkeiten der ersten Jahre der Unabhängigkeit, die durch die massenhafte Abwanderung der Portugiesen entstanden, müssten ebenso analysiert werden wie die oft unkonventionellen Methoden, mit denen die neue Regierung einen Zusammenbruch der Wirtschaft und des Staatsapparates verhindern konnte. Zu sprechen wäre auch davon, dass der Übergang von Tag-zu-Tag-Entscheidungen für einen kleinen geographischen Raum, wie sie im Befreiungskrieg zu treffen waren, zu einer mittel- und langfristigen Entwicklungsplanung für ein ganzes Land viel schwieriger wurde als erwartet. Und ein ganzes Kapitel wäre zu füllen mit Beschreibungen all der Fallgruben von fixen Mustern und Patentrezepten, wenn es das Wort «Entwicklung» mit einem eigenen, dem Land angepassten Inhalt zu bestimmen galt, und dies bei hoher Arbeitslosigkeit, bei rückläufiger landwirtschaftlicher Produktion infolge starker Beschädigung des von Portugiesen dominierten Binnenhandels etc. Und gerade in diesem Zusammenhang müsste dann von den ehrlichen Bemühungen gesprochen werden, die Bevölkerung, deren Interessen man zu vertreten vorgab, auch in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, damit sie ihre Standpunkte selber einbringen konnten; von der Sorge also um eine demokratische Legitimation der verfolgten Politik. (Eine Konsequenz daraus war, dass sich alle Kandidaten und Kandidatinnen für die Partei oder die Parlamente öffentlich einem Hearing stellen mussten, bei dem dann die Bevölkerung entschied, ob sie die vorgeschlagenen

Personen akzeptieren wollte.) Es wäre aber auch nicht zu schweigen von den Tendenzen innerhalb der FRELIMO, militärisches Denken auf soziale Probleme zu übertragen, alles – auch das Nicht-Kontrollierbare – kontrollieren zu wollen, und dass es Strömungen gab, die beim Prinzip des «demokratischen Zentralismus» vor allem nur das Wort «Zentralismus» verstanden.

Warum kann ich es mir erlauben, das alles zu übergehen? Weil das alles letztlich keine oder jedenfalls keine entscheidende Rolle gespielt hat. Weil die Herrschenden Moçambique keine Zeit gelassen haben, mit seinen Problemen und Schwierigkeiten umzugehen. Weil Moçambique in dem Moment, wo es einen konsequent blockfreien Weg gewählt und sich für den Aufbau einer nichtrassistischen, sozialistischen Gesellschaft entschieden hatte, zu einer Gefahr für das benachbarte Südafrika geworden war, aber auch für ein Afrika, das sich neuen Lösungen seiner Probleme öffnen möchte. Und weil all die Schwierigkeiten und Hypothesen niemals dieses zerstörerische Ausmass angenommen hätten, wenn Südafrika und seine Verbündeten nicht entschlossen gewesen wären, Moçambique politisch und wirtschaftlich zu zerstören.

### **Wirtschaftliche und militärische Interventionen Südafrikas**

Das Jahr 1980 kann als das Schicksalsjahr Moçambiques bezeichnet werden. Simbabwe war nach einem mehrjährigen blutigen Freiheitskrieg unabhängig geworden und bekräftigte die weissen Südafrikaner in ihrer Vorstellung, sie seien immer mehr von einer feindlichen schwarzen Welt umringt, die den «totalen Angriff» vorbereite. Besonders seit 1978 formulierten die Herrschenden Südafrikas die «Totale Nationale Strategie», die der Politikwissenschaftler Geldenhuys folgendermassen definiert: «Die Totale Nationale Strategie beinhaltet die Mobilisierung aller materiellen

und humanen Reserven Südafrikas zu einer nationalen Anstrengung, um dem totalen Angriff entgegenzuwirken.» Und der kritische südafrikanische Journalist Allister Spark legt klar, wozu diese Strategie in erster Linie erarbeitet worden ist: «Das Ziel der Machtpolitik Südafrikas war es, den ‚cordon sanitaire‘ gegen die schwarzen nationalistischen Aufständischen wieder herzustellen, der vor dem Zusammenbruch der portugiesischen Herrschaft 1974 und dem Verlust der weissen Herrschaft in Simbabwe existiert hatte. Der beschützende weisse Puffer war damals in einen bedrohlichen radikalen schwarzen Bogen, der mit dem ANC (der südafrikanischen Befreiungsbewegung African National Congress – K.M.) sympathisierte, verwandelt worden.» Dieser Puffer sollte wiederhergestellt werden, indem die Nachbarn gezwungen wurden, eine Südafrika genehme Politik – auch, aber nicht nur gegenüber dem ANC – durchzuführen. Zu diesem Zwecke mussten sie erst einmal so geschwächt werden, dass ihnen keine andere Möglichkeit als zu kuscheln übrig blieb.

Gegen diese irrationalen Ängste und Herrschaftsansprüche nützte es auch nichts, dass Samora Machel, damals Präsident der FRELIMO, schon 1969 explizit die militärische Unterstützung für den ANC und eine mögliche direkte Auseinandersetzung mit der südafrikanischen Armee untersagte, wohl wissend, dass eine wirtschaftliche oder gar militärische Konfrontation mit Südafrika glatter Selbstmord wäre. Und es nützte dem nun zum Staatspräsidenten gewordenen Samora Machel im Dezember 1979 ebensowenig, dass er in einer Rede beteuerte: «Wir wollen Frieden im Südlichen Afrika. . . Deshalb setzen wir uns für die friedliche Koexistenz, für gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen allen Staaten im Südlichen Afrika ein. . . Wir wollen die Beziehungen zu unsern Nachbarn, zu allen afrikanischen Staaten intensivieren.» Dass mit «allen Staaten» in

erster Linie Südafrika gemeint war, konnte selbst ein diplomatischer Laie erkennen. Und Machel nahm auch beträchtliche Verstimmungen mit dem ANC in Kauf, weil er diesem nicht gestattete, Basen in Moçambique zu errichten. Doch Pretoria hatte beschlossen, Moçambique zu «destabilisieren», d.h. mit einem Krieg zu überziehen.

Südafrika hatte zwei Trümpfe in der Hand, einen wirtschaftlichen und einen militärischen. Der wirtschaftliche stammt aus der Kolonialzeit: Moçambique war im Laufe der letzten 30 Jahre zu einem integrierten Dienstleistungs-Sektor für Südafrika geworden, mit allerdings ungleichen Abhängigkeiten. Ein bedeutender Teil der Deviseneinnahmen Moçambiques bestand aus den Löhnen der Wanderarbeiter, die in den Goldminen Südafrikas arbeiteten, und aus den Benützungsgebühren für die Häfen und die Eisenbahn. Während nun aber Südafrika einerseits seine Bergwerke modernisieren und so auf einen Grossteil der Arbeitskräfte verzichten, andererseits auf neugebaute südafrikanische Häfen ausweichen konnte, hatte Moçambique keine Möglichkeiten, seine Deviseneinnahmen kurzfristig in andern Sektoren zu erhöhen. Moçambique sass am kürzeren Hebel, was Südafrika auch ausnützte: Das Transportvolumen verminderte sich zunächst nur geringfügig von 5 Millionen Tonnen (1975) auf 4,3 Millionen Tonnen (1979), um dann, als die erwähnten Entscheidungen in Südafrika gefallen waren, auf 1,1 Millionen (1983) zurückzugehen, was für Moçambique heute einen jährlichen Einnahmenverlust von rund 250 Millionen Dollar ausmacht.

Noch wirkungsvoller war der militärische Trumpf. Südafrika hatte 1980 die von Rhodesien aufgebaute und unterstützte RNM (Resistencia Nacional Moçambicana) übernommen. Ihre Ziele und Aufgaben umschreibt die RNM in einem erbeuteten Dossier folgendermassen: – Zerstörung der Wirtschaft in den ländlichen Gebieten

- Zerstörung der Transport- und Reisewege, um den Handel zu unterbinden
- Störung der Wiederaufbauarbeit, vor allem auch Angriffe auf die ausländischen Helfer und die engagierten einheimischen Kader
- Zerstörung der sozialen Infrastruktur (Schulen, Gesundheitsposten)
- Rekrutierung von RNM-Kämpfern in Moçambique und Südafrika
- Gewinnung von internationalem Ansehen als antimarxistische Opposition.

Heute wird in allen zehn Provinzen des Landes gekämpft. Ich habe bei meinem letzten Besuch kaum eine Person angetroffen, die nicht irgend jemanden aus seiner Verwandtschaft auf der einen oder der andern Seite verloren hätte!

Die wirtschaftlichen und militärischen Interventionen Südafrikas haben Moçambique bis 1984 schätzungsweise 2,3 Milliarden Dollar gekostet. Und der Krieg geht weiter. . .

### **Wieviele werden noch dem weissen Mann am Kap geopfert?**

Pretoria hatte und hat mit seiner Destabilisierungsstrategie Erfolg. Denn auch der mit viel Public-Relation-Lärm gefeierte Vertrag der guten Nachbarschaft von N'komati (im März 1984) hält Südafrika nicht davon ab, die RNM weiterhin mit Waffen, sonstigem Material und militärischem Rat zu versorgen, wie aus den in Gogongosa erbeuteten Tagebüchern der RNM-Chefs hervorgeht.

In Moçambique ist unterdessen der Traum von einer freien Gesellschaft und einem neuen Menschen gründlich verflogen. Die wachsenden Schwierigkeiten im Alltag haben die Popularität und das Prestige der Regierung auf den Nullpunkt sinken lassen. Die Unfähigkeit, die Versorgung sicherzustellen, wird je länger desto weniger nach den wahren Ursachen hinterfragt. Schwarzmarkt und Korruption machen sich breit – Erscheinungen, die es in den ersten vier, fünf Jahren der Unabhängigkeit praktisch nicht gegeben hat. Die extreme Mangel-

situation wirkt wie ein Nährboden für die Auflösung der politischen Moral. Bisher integre Angestellte in Unternehmen oder im Staatsapparat missbrauchen zunehmend ihre, wenn auch bescheidenen Kompetenzen, um ihr persönliches Überleben zu organisieren. Risse in der FRELIMO bezeugen die internen Spannungen.

Die unvermeidlichen Konflikte konnten nicht demokratisch ausgetragen werden, sondern wurden durch die Intervention Südafrikas in ein festgeprägtes Freund-Feind-Schema gepresst. Erinnern wir uns, wie in der Bundesrepublik die schon vergleichsweise geringen Aktivitäten der Roten Armee Fraktion die demokratische Konfliktbewältigung bedroht und eingeschränkt hatten. Der durch die RNM landesweit ausgeübte Terror zerstörte die Grundlage für demokratische Strukturen.

Das weisse Pretoria hatte seine Aggressions- und Destabilisierungspolitik gegenüber seinen Nachbarn immer damit begründet, dass es von aussen bedroht sei und dass es diesen Angriffen zuvorkommen müsse. Im Namen der weissen Überlegenheit hat es einen schmutzigen Krieg gegen seine Nachbarn geführt. Es hat diesen Krieg gewonnen. Die Nachbarn sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch schwer angeschlagen.

Jetzt müsste es eigentlich ruhig sein in Südafrika. Tatsache ist aber, dass das Regime in der schwersten Krise seiner Geschichte steckt. Falls es noch eines Beweises bedurft hätte: die nun seit zwei Jahren andauernden schweren Unruhen zeigen mit aller Deutlichkeit, dass nicht die bösen Nachbarn die Konfliktursache in dieser Region sind, sondern die eigene rassistische Apartheid-Politik.

Es bleibt nur noch die Frage zu stellen, die auch uns angeht: Wieviele Menschen und wieviele Hoffnungen sollen noch dem Wahn und der Arroganz des weissen Mannes am Kap geopfert werden, in und um Südafrika?